

Antragsbereich / Antrag 1/I/2023

AntragstellerInnen: Unterbezirksvorstand

Empfänger: Unterbezirksparteirat

1/I/2023: Eine Ombudsstelle gegen sexuelle Belästigung für die Münchner SPD

1 Die Münchner SPD schafft eine Ombudsstelle gegen sexuelle Belästigung und ge-
2 schlechterspezifische Diskriminierung. Der Gesamtvorstand soll zudem ein ent-
3 sprechendes Aufgabenprofil erarbeiten und macht die Möglichkeit sich an die
4 Ombudsstelle zu wenden bekannt. Die Ombudsstelle soll eine erste Anlaufstel-
5 le für Betroffene sexueller Belästigung (auch zur Erstklärung von Verdachtsfäl-
6 len und um Schaden von allen Personen abzuwenden) sein, die außerhalb der
7 Organisations- und Gremienstrukturen der Münchner SPD für alle Mitglieder of-
8 fensteht.

9

10 Begründung

11 Eine geschlechtsspezifische Form der Diskriminierung ist die sexuelle Belästi-
12 gung. Diese ist auch gesetzlich durch das AGG normiert. Sexuelle Belästigung
13 kann allen Geschlechtern widerfahren. Jedes unerwünschte Verhalten, das
14 zusätzlich sexuell bestimmt ist und die Würde der betroffenen Person verletzt,
15 wie unerwünschter Körperkontakt, Aufforderungen zu sexuellen Handlungen
16 und Andeutungen von Vorteilen bei sexuellem Entgegenkommen, anzügliche
17 Bemerkungen sowie das Zeigen sexistischer oder pornografischer Darstellungen,
18 sind Beispiele sexueller Belästigung.

19

20 Konkrete Beispiele dafür sind:

21

- 22 • Aufdringliche oder anzügliche Bemerkungen, Kommentare oder Witze
- 23 • Obszöne oder kompromittierende Aufforderungen
- 24 • Scheinbar zufälliger körperlicher Kontakt
- 25 • Pornografische Bilder oder anstößige Handlungen
- 26 • Tätscheln, in den Po kneifen, Berühren der Brust
- 27 • Unerwünschte Küsse
- 28 • Aufforderungen zu sexuellen Handlungen
- 29 • Erpressung, sexuelle Nötigung und tätliche Bedrohung

30 Sexuelle Belästigung und auch sexuelle Übergriffe sind in unserer Gesellschaft
31 weiterhin leider etwas Alltägliches. In allen politischen Parteien kommt es immer
32 wieder zu Vorfällen sexueller Belästigung. Das belegen sowohl Untersuchungen
33 als auch zuletzt die Berichterstattungen über Vorfälle bei der Linkspartei (#linke-
34 metoo) oder der FDP. Die Münchner SPD lehnt als feministische Partei sexuelle Be-
35 lästigung in jeder Form ab und begrüßt die von unserer damaligen Bundesfamili-

36 enministerin Lambrecht unterzeichnete Erklärung “Gemeinsam gegen Sexismus
37 und sexuelle Belästigung”. Alle Mitglieder der Münchner SPD sind aufgefordert,
38 nicht wegzusehen, sondern vielmehr sensibel zu sein. Gerade in Parteien ist sexu-
39 elle Belästigung oftmals in Wechselwirkung mit Machtausübung, Personalaus-
40 wahl und Machtmissbrauch. Die Einführung einer Ombudsperson stellt für uns
41 einen ersten Schritt dar, um unsere eigenen Strukturen zu verbessern.